



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Gesundheit und Sport

Es informiert Sie:	Andrea Pannen
Telefon:	02104 / 99-2257
Fax:	02104/99-842257
E-Mail:	andrea.pannen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 05.02.2013

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Sport

Sitzungstermin Montag, den 04.02.2013, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Margret Stolz

Mitglieder

Ernst Buddenberg

Bernd Falkenau

Inge Ganteführ

(ab 15.06 Uhr, TOP 3)

Karl-Heinz Göbel

Doris Grünendahl

Franz Keusch

Dr. Uwe Koppe

Holger Lachmann

Norbert Lang

Wilma Langer

Nils Lessing

(ab 15.34 Uhr, TOP 5)

Marianne Münnich

Uwe Reuker

Martina Reuter

Klaus Rohde

Carola Rotert

Sybille Schettgen

Stephan Schnitzler

Axel Tenten

Verwaltung

Volker Freund
Ulrike Haase
Michael Hirsens
Daniela Hitzemann
Regina Kohnert
Dr. Rudolf Lange
Marika Meyer
Andrea Pannen
Frank Schäfer
Sven Schwabe

Gäste

Anja Willinghöfer
(Praktikantin Gesundheitsamt)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 29.10.2012
3. Informationen der Verwaltung
4. Abschluss neuer Vereinbarungen zur Förderung der Schwangerschaftsberatungsstellen im Kreis Mettmann 53/002/2013
5. Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern (KipE) - Sachstandsbericht zur Koordination des LVR-Projektes im Kreis Mettmann 53/003/2013
6. Bericht zur Neufassung der Trinkwasserverordnung 53/004/2013
7. Behinderung und Ausweis - Fallzahlenentwicklung und Ergebnisse 2012 57/001/2013
8. Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Gesundheit und Sport aus dem Jahr 2012 53/001/2013

9. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

10. Informationen der Verwaltung

11. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Sport, Frau Stolz, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Anschließend folgt die Feststellung der Anwesenheit (Herr Pätzold, Frau Vogel und Herr Wetzig fehlen entschuldigt) und der Beschlussfähigkeit.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die Tagesordnung wird festgestellt.

Als Berichterstatterin für den Beratungspunkt 4 (Abschluss neuer Vereinbarungen zur Förderung der Schwangerschaftsberatungsstellen) wird Frau Schettgen benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 29.10.2012

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Sport vom 29.10.2012 wird einstimmig, bei einer Enthaltung in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, genehmigt.

(Herr Lang enthält sich der Stimme, da er an der Ausschusssitzung nicht teilgenommen hat.)

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung
--

⇒ **KOMET MRE**

Herr Dr. Lange erinnert an die Arbeit des Netzwerkes KOMET MRE. Unter Federführung des Gesundheitsamtes werden bekanntlich bereichsübergreifende Vorgaben / Leitfäden für die Behandlung, Hygiene und Pflege von Patienten mit multiresistenten Erregern im Kreis Mettmann entwickelt. Geplant ist, diese übergreifend bei allen in Frage kommenden Einrichtungen und Diensten im Frühjahr diesen Jahres einzuführen und zu erproben. In einem für den 17.04.2013 geplanten Symposium soll das Konzept des Netzwerkes KOMET MRE den Fachkreisen nochmals vorgestellt werden. Ergänzend dazu sind Vorträge von Fachreferenten sowie Diskussionen vorgesehen.

⇒ **Entwicklung der Nebenstellen des Gesundheitsamtes**

Der Ausschuss für Gesundheit und Sport hat die Verwaltung bereits in seinen Sitzungen vom 04.06.2012 bzw. 20.09.2012 beauftragt, zum Zwecke einer Nebenstellendis-

kussion (Zentralisierung vs. Dezentralisierung) für eine der nächsten Sitzungen die notwendigen Diskussionsgrundlagen zu liefern.

Herr Dr. Lange berichtet von einem Veränderungsantrag der FDP-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2013, mit dem der Aspekt der Organisation nochmals aufgegriffen wurde. Der Antrag hat zum Ziel, die Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation sowie die örtlichen Strukturen des Gesundheitsamtes zu betrachten und dabei die Parameter Wirtschaftlichkeit, Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit zu untersuchen.

Der Landrat hat zwischenzeitlich eine Projektgruppe "Entwicklung der Nebenstellen des Gesundheitsamtes" unter Federführung des Haupt- und Personalamtes eingerichtet. Teilnehmen an der Projektgruppe sollen Vertreter/innen des Gesundheitsamtes, des Personalrates sowie die Gleichstellungsbeauftragte. Bei Bedarf werden weitere Vertreter/innen hinzugezogen. Über den Fortschritt der Projektarbeit wird in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Sport am 06.05.2013 berichtet.

⇒ **Fragliche Lebensmittelvergiftung in einer Klasse der Adolph-Kolping-Grundschule in Hilden**

Am 23.01.13 klagten vierzehn von zwanzig Kindern der Klasse 4b der Adolph-Kolping-Grundschule in Hilden nach dem Verzehr von Donuts über Übelkeit, Erbrechen und Magenschmerzen. Acht von ihnen mussten deswegen in Krankenhäuser eingeliefert werden. Sie konnten jedoch am gleichen Tag oder spätestens am Folgetag entlassen werden. In Krefeld wurden die Proben nach Keimen (unter anderem auf Staphylokokken und Noro) und ergänzend noch auf bakterielle Toxine untersucht. Ein Hinweis auf die Ursache der plötzlichen Erkrankung der Kinder konnte nicht gefunden werden. Weitere Erkrankungen sind nicht aufgetreten.

⇒ **Anstehende Veränderungen in der Krankenhauslandschaft**

Herr Dr. Lange informiert die Anwesenden über die geplante Fusion der Stiftung Tannenhof in Remscheid mit der Suchtklinik in Velbert-Langenberg. Der Auftrag zur ambulanten und stationären Versorgung suchtkranker Menschen werde nicht gefährdet. Der Standort Langenberg soll erhalten bleiben.

Er berichtet weiter, dass der Standort des St. Elisabeth Krankenhauses in Velbert-Neuves mit 90 geriatrischen Betten aufgegeben werden soll. Hintergrund dafür seien nicht genehmigte Konzepterweiterungen durch die Kostenträger sowie diverse notwendige und aufwändige Sanierungsmaßnahmen. In der Folge soll die geriatrische Versorgung vor allem an Standorte in Wuppertal verlagert werden. Diese Entwicklung läuft leider dem Grundprinzip einer wohnortnahen geriatrischen Versorgung zuwider. Die Thematik werde in der Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann weiter im Auge behalten. Kommunale Einflussmöglichkeiten sind allerdings kaum gegeben.

Abschließend erinnert er daran, dass im Bezirk des Landgerichts Wuppertal eine Einrichtung zur Durchführung des Maßregelvollzugs für psychisch Kranke errichtet werden müsse. In der Diskussion um Wülfrath als Forensik-Standort (auf dem Gelände der Bergischen Diakonie Aprath) sei noch keine Entscheidung getroffen worden.

⇒ **Sachstand Agenda zur Inklusion**

Herr Schwabe berichtet über den aktuellen Stand der Projektgruppenarbeit. Mittlerweile wurden sowohl eine Vielzahl externer Stellen als auch alle Fachbereiche der Verwaltung am Inklusionsprozess beteiligt. Zusammen mit den Vorschlägen der Behindertenbeauftragten, der Betroffenen selber und deren Interessenvertreter sind insgesamt 115 Ideen und Maßnahmenvorschläge eingebracht worden. Ergänzend dazu ist eine vollständige Datenbank aller Kreisgebäude entstanden, aus der der jeweilige IST-Stand

und die Mängel mit Blick auf Barrierefreiheit auswertbar sind. Alle Maßnahmenvorschläge werden aktuell auf Vollständigkeit, Plausibilität und zu erwartende Kosten geprüft. In diesem Stadium wird auch zu bewerten sein, welche staatliche Stelle für die Umsetzung zuständig ist. Bei vielen Maßnahmen zeigt sich schon jetzt, dass nicht der Kreis, sondern vielfach die Kommunen zuständig sind. Die Aufbereitung aller Informationen und Daten durch die Projektgruppe wird voraussichtlich im März/ April 2013 abgeschlossen sein. Ein erster Entwurf mit Eckpunkten und Maßnahmenvorschlägen wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorgestellt werden können.

Des Weiteren berichtet er, dass das Thema Inklusion auch Gegenstand mehrerer gemeinsamer Besprechungen mit den kreisangehörigen Städten war. Zur Intensivierung der Kooperation wurde am 20.11.2012 im Rahmen des Arbeitskreises Kreisentwicklung extern ein Inklusionsnachmittag mit den Städten unter Moderation des Zentrums für Planung und Evaluation sozialer Prozesse (ZPE) der Universität Siegen veranstaltet. Die Projektgruppe hat sich und ihre Arbeit in diesem Gremium präsentiert und den Teilnehmern angeboten, bei städtischen Maßnahmen zur Inklusion zu unterstützen. Die Wissenschaftler haben die Vorgehensweise des Kreises zur Beteiligung eines möglichst großen Personenkreises als "Best-Practice-Beispiel" gelobt.

Schließlich weist er darauf hin, dass für den 21.03.2013 eine ausschussübergreifende Behandlung des Themas Inklusion geplant sei. Neben den Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit und Sport sollen hierzu alle interessierten Mitglieder des Kreistages und seiner Ausschüsse eingeladen werden.

⇒ **Fortbildung Sport**

Herr Freund stellt die Broschüre „Fortbildung Sport für Lehrerinnen und Lehrer 2013 im Kreis Mettmann“ vor. Er weist darauf hin, dass die seitens des Kreises angebotenen Maßnahmen zur „Lehrerfortbildung Sport“ eine sinnvolle Ergänzung zu den regionalen Fortbildungsmaßnahmen der Bezirksregierung darstellen.

⇒ **Bericht aus dem Arbeitskreis Runder Tisch des Sports**

Herr Freund berichtet über die Sitzung des Arbeitskreises Runder Tisch des Sports vom 23.01.2013, der sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „neanderland-Marathon“ beschäftigt hat. Nach erfolgter Bestandsaufnahme wurde die Erkenntnis gewonnen, dass die Durchführung eines solchen Marathons eine große Herausforderung darstellen würde. Mit den verschiedenen Vereinen, die ihre Unterstützung zugesagt haben, werde nun ergebnisoffen weiter diskutiert und geplant.

Zu Punkt 4:	Abschluss neuer Vereinbarungen zur Förderung der Schwangerschaftsberatungsstellen im Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 53/002/2013
--------------------	--

Frau Stolz erinnert daran, dass die Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses am 29.10.12 beauftragt wurde, neue Entwürfe der Vereinbarungen mit den Schwangerschaftsberatungsstellen vorzulegen. Diesem Auftrag ist das Gesundheitsamt nachgekommen.

Frau Haase ergänzt, dass das der Vorlage beigelegte Vereinbarungsmuster im Einvernehmen mit den Schwangerschaftsberatungsstellen entwickelt wurde. Die Gespräche zeichneten sich durch einen offenen und vertrauensvollen Umgang miteinander aus. Die Beratungsstellen bedankten sich ausdrücklich für die Bereitschaft des Kreises, die Förderung zu erhöhen. Auf die Nachrangigkeit der Kreisförderung gegenüber der Landesförderung wurde seitens des Gesundheitsamtes nochmals hingewiesen.

Frau Schettgen, Herr Schnitzler und Frau Münnich begrüßen das Verhandlungsergebnis. Eine Übersicht über die Verteilung der Beratungsstellen im Kreisgebiet sowie die Zusatzangebote der einzelnen Schwangerschaftsberatungsstellen ist – dem Wunsch des Ausschusses entsprechend – der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Nach abschließender Beratung und Beantwortung von Anfragen erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Dem Abschluss der Vereinbarungen zwischen dem Kreis Mettmann und den Schwangerschaftsberatungsstellen gemäß dem als **Anlage 2** beigefügten Muster wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 5: **Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern (KipE)**
 - Sachstandsbericht zur Koordination des LVR-Projektes im Kreis Mettmann
 - Vorlage Nr. 53/003/2013

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Herr Rohde, Herr Schnitzler und Herr Lessing sehen die Notwendigkeit, das Projekt im Herbst diesen Jahres nicht aus den Augen zu verlieren, sondern die begonnene Arbeit fortzusetzen, zu verstetigen und somit die Voraussetzungen für eine Nachhaltigkeit zu schaffen.

Herr Schnitzler bittet daher, rechtzeitig vor Projektablauf über Perspektiven zur Weiterführung der Aufgaben zu berichten.

Herr Dr. Lange sagt die Vorlage eines entsprechenden Berichtes zu, weist jedoch darauf hin, dass derzeit keine personenbezogenen Hilfen gewährt werden. Die Aufgabe des Gesundheitsamtes sei vielmehr ein Koordinierungsauftrag, nach dem insbesondere in der Versorgungsregion II (Velbert, Wülfrath, Heiligenhaus) Kooperationsnetzwerke ins Leben gerufen werden sollten, die sich zur strukturellen Zusammenarbeit und zur Zusammenarbeit im Einzelfall verpflichten.

Anlässlich des vorliegenden Sachstandsberichtes sieht Herr Schnitzler die grundsätzliche Notwendigkeit, die Problematik „Psychisch kranke Kinder und Jugendliche im Kreis Mettmann“ in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses eingehend zu thematisieren. Er sieht hier insbesondere Schwierigkeiten in der Abstimmung von stationären und ambulanten Angeboten sowie in der Zusammenarbeit der Jugend- und Gesundheitshilfe. Er kündigt entsprechende Fragestellungen seiner Fraktion für die Sitzung an.

Zu Punkt 6: **Bericht zur Neufassung der Trinkwasserverordnung**
 - Vorlage Nr. 53/004/2013

Herr Dr. Lange informiert die Mitglieder des Ausschusses über die wesentlichen Änderungen der Trinkwasserverordnung und die damit verbundenen Problemstellungen. Er befürchtet, dass im Zuge der zwingenden Umsetzung dieser verschärften Vorgaben aufwändige Streitverfahren zu erwarten seien.

Der Personalmehraufwand werde derzeit durch Reduzierung anderer Aufgaben der Hygieneüberwachung aufgefangen. Eine Refinanzierung durch Gebühreneinnahmen sei nur begrenzt möglich.

Frau Haase ergänzt, dass das Gesundheitsamt über die derzeit laufende Ausbildung einer Hygienekontrolleurin als planmäßige Nachwuchskraft hinaus mit der Ausbildung von zwei weiteren Fachkräften begonnen habe, deren Beschäftigungsverhältnis derzeit noch über das Jobcenter finanziert werde. Mittelfristig sei aber mit einem Personalmehraufwand zu rechnen.

Herr Schnitzler stellt fest, dass auch in diesem Fall neue, kostenintensive Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen werden, ohne dass diese für die Mehrbelastungen einen entsprechenden Ausgleich erhalten.

Zu Punkt 7:	Behinderung und Ausweis - Fallzahlenentwicklung und Ergebnisse 2012 - Vorlage Nr. 57/001/2013
--------------------	--

Der Ausschuss für Gesundheit und Sport nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Schäfer weist ergänzend darauf hin, dass sich bei der Übersicht der Feststellungsverfahren nach § 69 SGB IX ein Übertragungsfehler in der Spalte „Abweichung zum Vorjahr in %“ eingeschlichen habe:

Verfahren p.A.	SOLL EingliederungsG 2007 > 2011	IST 2011	IST 2012	Abweichung zum Vorjahr in %
Erstanträge	4.477 > 5.613	5.369	5.109	-4,8
Änderungsanträge	5.364 > 6.114	6.327	6.241	-1,4
Nachprüfungen	2.003 > 2.174	2.140	2.165	+1,2
Abhilfeverfahren	2.231 > 2.869	2.887	2.871	- 0,6
Klageverfahren	keine Angabe	490	477	-2,6
Gesamt		17.213	16.863	-2,0

Auf Nachfrage von KA Schnitzler sichert Herr Schäfer anschließend zu, die Anzahl der Abhilfeverfahren näher zu erläutern und diese mit dem Landesdurchschnitt abzugleichen.

Erläuterung:

Die Zeile „Abhilfeverfahren“ umfasst alle erhobenen Widersprüche gegen Entscheidungen über Erst-, Änderungsanträge und Nachprüfungen unabhängig von ihrem Ausgang. Da der Kreis Mettmann nach der Aufgabenzuweisung nicht Widerspruchsbehörde ist, bleibt seine Zuständigkeit auf die Prüfung einer sog. Abhilfe beschränkt. Nur im Falle einer vollständigen Abhilfe entfällt die Weiterleitung an die Bezirksregierung Münster (Widerspruchsbehörde). Die Quote der Widersprüche liegt in NRW bei etwa 20%, die Quote der Widersprüche, die zu einer teilweisen oder vollständigen Änderung der Ausgangsentscheidung führen, bei ca. 30%. Die hiesigen Werte bleiben in diesem Rahmen.

Übersicht 2011 und 2012:

	Kreis ME 2011	NRW 2011	Kreis ME 2012	NRW 2012
Erstanträge	5.369	190.481	5.109	190.814
Änderungsanträge	6.327	247.914	6.241	248.244
Nachprüfungen	2.140	95.657	2.165	103.106
Gesamt	13.836	534.052	13.515	542.164
Abhilfeverfahren (Widersprüche)	2.887	102.299	2.871	103.454
Widerspruchsquote	20,8%	19,1%	21,2%	19,0%
Änderungsquote	28,9%	31,0%	32,7%	32,0%

Unterschiede bei der Widerspruchsquote beruhen u.a. auf der regional unterschiedlichen Präsenz und Aktivität von Sozialverbänden, die in den verwaltungs- und gerichtskostenfreien Widerspruchs- und Klageverfahren als Verfahrensvertretung tätig werden dürfen. Aus der Änderungsquote, also dem Anteil der Widersprüche, der zu einer Änderung des Erstbescheides mittels Teil-/Abhilfe- oder Widerspruchsbescheid führt, lässt sich kein hinreichendes Indiz zur Beurteilung der Qualität der Bescheidungen ableiten. Die Gründe für die landesweit durchaus häufigen Korrekturen ursprünglicher Bescheide wurden bereits im Rahmen der Antwort zur Vorlage 57/006/2012 ausführlich erläutert (Anhang zur Sitzungsniederschrift vom 29.10.2012 zu TOP 7.2). Zur Vermeidung von Wiederholungen wird darauf verwiesen. Auch die Aufsichtsbehörde erfasst und bewertet dafür die sog. Feststellungsquote, aus der ersichtlich ist, wieviele Erst- und Änderungsverfahren direkt mit der Feststellung einer Schwerbehinderung beschieden werden. Die Anerkennungsquoten der Ausgangsbescheide des Kreises zeigen eine eher „antragsfreundliche“ Tendenz (Tab. 3 der Vorlage vom 09.01.2013).

Zu Punkt 8: Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Gesundheit und Sport aus dem Jahr 2012 - Vorlage Nr. 53/001/2013
--

Die Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Gesundheit und Sport aus dem Jahr 2012 (**Anlage 3**) wird zur Kenntnis genommen.

Herr Schäfer ergänzt zum Thema „Kooperation mit der Stadt Mettmann zur Errichtung einer inklusiven Kindertagesstätte“, dass der Kooperationsvertrag am 30.01.2013 unterzeichnet wurde. Das Bauvorhaben könne nunmehr beginnen.

Zu Punkt 9: Nachträge

– entfällt –

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes 10. stellt Frau Stolz die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:11 Uhr

gez.
Margret Stolz

gez.
Andrea Pannen